L 002 DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland
Lfd.-Nr. 1090

Die Rolle der Demografie in der Alterssicherung

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag L 001

A. DGB legt Rentenkonzept vor: Stabile Rente trotz Beitragsbegrenzung möglich

Das Rentenmodell des DGB zeigt, dass die Sicherung der Renten weiterhin möglich ist, selbst wenn der Beitragssatz auf 22 Prozent bis zum Jahr 2030 begrenzt wird.

Kernstück des Modells ist der Aufbau einer Demografie-Reserve. Diese eröffnet große Spielräume, ohne dass der Rentenbeitrag stärker erhöht werden muss. Entscheidend ist, dass sobald wie möglich begonnen werden muss, eine Demografie-Rücklage aufzubauen. Wird der Rentenbeitrag aber erst im Jahr 2019 angehoben, wenn die heutigen Reserven aufgebraucht sind, wären drastische Beitragserhöhungen notwendig.

Der DGB bleibt bei seinem Grundsatz der moderaten Anpassungen, um die Belastungen in kleinen Schritten über die Jahre zu verteilen, Planungssicherheit zu schaffen und die Lücken auf diese Weise auszugleichen. Erforderlich ist eine jährliche Anhebung des Rentenbeitrags von 0,3 Prozentpunkten bis zum Jahr 2020. Dies bedeutet für Durchschnittsverdiener und Arbeitgeber eine jährliche Belastung von vier Euro pro Monat. Ab 2021 kann die jährliche Demografie-Anpassung auf 0,2 Prozentpunkte abgeschmolzen werden.

Die neuen Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung Bund zeigen, dass das Rentenniveau dadurch auf lange Sicht weitgehend stabilisiert und die Erwerbsminderungsrente deutlich aufgebessert werden können. Dennoch bleiben im Jahr 2030 noch hohe Rücklagen, so dass auch die Rente mit 67 zumindest auf lange Sicht ausgesetzt werden kann. Selbst dann steigen die Rücklagen mindestens bis zum Jahr 2025 weiter. Diese Zeit muss genutzt werden, um den Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen und den Beschäftigten die Chance zu geben, erst einmal die Rente mit 65 Jahren erreichen zu können.

Eine Stabilisierung der Rente ist dringend geboten, denn die rote Linie ist durch die bisherigen Rentenkürzungen längst überschritten. Die durchschnittliche Rente beträgt bei Män-

nern heute nur noch 865 Euro, bei Frauen ist sie noch deutlich niedriger. Die Erwerbsminderungsrente liegt mit 614 Euro im Schnitt unter Sozialhilfeniveau. Eine Senkung des Rentenniveaus von heute knapp 50 auf 43 Prozent und zusätzliche Abschläge durch die Rente mit 67 sind unverantwortlich. Durchschnittsverdiener müssten 35 Jahre durchgehend arbeiten, nur um eine Rente knapp oberhalb der Grundsicherung zu bekommen. Bei einem Einkommen an der Niedriglohnschwelle von 1.800 Euro wären 45 Beitragsjahre für eine Rente knapp oberhalb der Sozialhilfe nötig. Bereits heute arbeiten 23 Prozent der Beschäftigten zu Niedriglöhnen.

B. Demografiekatastrophe ? – das Problem mit der Deutung

Mit dem Demografieargument werden Ängste vor kollektivem sozialen Abstieg gezielt geschürt, um ganz konkret die Sozialversicherungssysteme anzugreifen. Dieser Strategie der Angst müssen wir Aufklärung entgegenzusetzen. Die Demaskierung der neoliberalen Interessen bei der Interpretation der demografischen Veränderungen ist ein wichtiges Instrument, um Räume für soziale Perspektiven zu öffnen.

1. Allgemeines

Bevölkerungsprognosen beruhen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden. D.h. nach unseren Maßstäben lässt sich die Bevölkerungsentwicklung im Allgemeinen gut prognostizieren. Es gibt einige Parameter, die die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen: soziale, kulturelle, medizinische und politische Faktoren, wie die „Ein-Kind-Politik" in China.

Vor Jahrzehnten wurde ein Modell entwickelt, das bis heute Erklärungskraft hat: das „Modell des demografischen Übergangs". Es zeigt vereinfacht, dass der größte Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung, der gesellschaftlich erreichte

ökonomische Entwicklungsstand ist. Die Bevölkerungsentwicklung ging also mit der Industrialisierung Hand in Hand. Auch wenn wir in Deutschland und Europa am Ende dieses Übergangs angekommen sind, dürfen wir nicht vergessen, dass dies für den Großteil der Weltbevölkerung anders ist. und aufgrund der Erfahrungen lässt sich sagen, dass die Voraussagen relativ zuverlässig sind.

Weltweite Entwicklung

Die Bevölkerungsprognosen sagten seit den 80er Jahren voraus, dass das erste Jahrzehnt im 21. Jahrhundert das „Scheiteljahrzehnt" des Bevölkerungswachstums werden würde. Seit einigen Jahren sinkt der Zuwachs. Die globale Bevölkerung wächst und sie wächst schnell, aber eben nicht mehr so schnell, wie in den letzten Jahren. Es ist zu erwarten, dass das Wachstum der Weltbevölkerung bis 2040 stark zurückgehen wird, d.h. im Umkehrschluss wird die Weltbevölkerung älter.

Blick auf Europa

In Europa ist Deutschland nicht die große Ausnahme. Länder des Südens und vor allem des Ostens haben einen enormen Rückgang der Geburtenrate erlebt. Einzig die skandinavischen Länder, wenn man eine Ländergruppe nehmen möchte, haben alle zusammen eine höhere (1,58 Kinder/Frau) Geburtenrate als die anderen europäischen Länder.

D.h. die Bevölkerungszahl in Europa wird bis 2040 leicht abnehmen. Wir sind in Europa aber der dichtbesiedelste Kontinent und werden dies auch bleiben.

2. Interpretationen

Die Politik und leider auch viele wissenschaftliche Beiträge zu dieser demografischen Entwicklung sind falsch und sollen

Stimmungen, ganz gezielt Ängste, wecken. Einerseits in Richtung nationalistisches völkisches Bewusstsein, der größere Strang betont scheinbar die sozialen Verwerfungen. Beide sind zwei Seiten derselben Medaille, auch wenn hier die mit Abstand wichtigeren neoliberalen Interpretationen berücksichtigt werden.

Zum ersten Bereich nur ein paar wenige Sätze. Faschistoide Parteien und Organisationen nutzen die Panikmache vor dem Aussterben der Deutschen bzw. des Deutschen für ihre eigenen Interessen. Tatsache ist, dass die Entwicklung, wie wir gesehen haben, ganz Europa fast gleichermaßen betrifft. Auch am Ende des gesamten Zeitraums, der hier in den Blick genommen wird, werden die Deutschen mit ca. 63 Mio Menschen immer noch das größte Volk in West-Europa sein.

<u>Die neoliberale Interpretation und wie es wirklich aussieht</u>

Das Demografieargument beim Abbau des Sozialstaates wie es von den Neoliberalen verwendet wird, ist allen klar und auf den ersten Blick ja auch so einleuchtend. Sie behaupten: wenn wir alle älter werden und es weniger Kinder gibt, wird zukünftig immer weniger Erwerbsbevölkerung da sein, die eineN RentnerIn zu versorgen haben.

ABER diese Entwicklung ist nicht neu, diese Aussage gilt schon seit 140 Jahren! UND der Wandel war in der Vergangenheit viel dramatischer als heute. Früher wurden 8-10 Kinder geboren, nur wenige Jahrzehnte später waren es 2-3. Die sozialen Verwerfungen, die sozialen Bedingungen unter denen die Familien leben mussten, werden dabei ausgeblendet und die Tatsache ebenso, dass vieler dieser Kinder, das Erwerbsalter überhaupt nicht erreichten. Nur so entsteht aber die „schöne anzustrebende Pyramide" des „Bevölkerungsbaums ", den man in so vielen schlechten Beiträgen vor die Nase gesetzt bekommt.

Trotz der allmählichen Veränderung des Bevölkerungsaufbaus sind die Sozialsysteme nicht zusammengebrochen, die Volkswirtschaft auch nicht.

Das lag daran, dass es einen immensen technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung gegeben hat. Den gab es auch nicht „einfach so", sondern es gab massive Produktivitätsfortschritte. Die historische Rolle der Arbeiterbewegung in dieser Zeit bestand darin, sich zu organisieren und den exponentiell entstehenden Wohlstand durch Umverteilung allen zugänglich zu machen. Die Masse an Wohlstand wuchs und sie wurde durch beginnenden Massenwohlstand, verstärkt in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, auch allgemein zugänglich und das lief völlig unabhängig davon, wie der Altersaufbau der Bevölkerung war. Durch das „Wegbrechen "(gemeint ist das Abschlachten auf den Kriegsschauplätzen und den Terror gegenüber der Zivilbevölkerung im „totalen Krieg") eines großen Teils der aktiven Bevölkerung und der massive Bevölkerungsverlust, hätte eine reine demografiegestützte Argumentation auch zu einer gegenteiligen Prognose geführt.

Als Lehre aus dieser demografischen Extremsituation, die durch die geburtenstarken Jahrgänge (Babyboomer) ja zunächst noch verstärkt wurde, kann im Gegenteil davon ausgegangen werden, dass der Kapitaleinsatz bei einem geringeren Arbeitskräftereservoir steigen wird, damit auch die Produktivität. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass diese Entwicklung langsamer weitergehen wird als in den letzten Jahrzehnten. Mit anderen Worten: unser Wohlstand wird steigen.

Entscheidend ist das Verhältnis von aktiver zu inaktiver Bevölkerung. Zur inaktiven Bevölkerung zählt man alle Menschen unter 20 und über 65 Jahren. Das sind die, die volkswirtschaftlich von dem gesellschaftlichen Reichtum „versorgt " werden müssen, die die aktive Bevölkerung produziert.

Im Jahr 1950 lag der Anteil inaktiver zu aktiver Bevölkerung bei ca. 41% zu 59%. Im Jahre 2050 wird dieses Verhältnis ca. 48% zu 52% betragen. Ja, das bedeutet 7% mehr Bevölkerung, die versorgt werden müssen. Das ist eine Herausforderung, aber bei einer konservativ angenommenen durchschnittlichen Produktivitätszunahme von 2% p.a. und der relativ geringen Abnahme des Produktionspotentials durch den Rückgang und die Verschiebung der Bevölkerung (RentnerInnen haben weniger Geld zum Ausgeben als ArbeitnehmerInnen; weniger Bevölkerung insgesamt bedeutet weniger Kon-

sum) kann man davon ausgehen, dass wir 2050 ein deutlich höheres Bruttosozialprodukt haben als heutzutage. Dies ist in den letzten 140 Jahren, trotz aller demografischer und politischer Umwälzungen historisch nicht anders gewesen. Wir können mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass es in Deutschland (weltweit sowieso) mehr Waren und Dienstleistungen geben wird und das bei einer geschrumpften Bevölkerung. Mit anderen Worten, wir haben Mehr für jeden Einzelnen. Es ist, wie heute auch, und wie wahrscheinlich immer, eine Verteilungsfrage. Die soziale, nicht die intergenerative, Verteilungsfrage ist die entscheidende Frage der Bewältigung der demografischen Herausforderungen.

<u>Folgen für die Sozialversicherungssysteme</u>

Der neoliberale Hauptangriff mit dieser Argumentation trifft die Sozialsysteme. Neben der volkswirtschaftlichen Betrachtung, spielen die Sozialsysteme in der Politik und mit Blick auf den vermeintlichen Veränderungsbedarfs eine zentrale Rolle.

Dabei zeigt ein kurzer Blick auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge die Begrenztheit dieser Sichtweise. Es ist nämlich ökonomisch völlig egal, WIE eine Gesellschaft die „Lebensrisiken", Alter, Pflege, Unfall, Arbeitslosigkeit und Krankheit abdeckt, sie muss sie in jedem Fall aus ihrem Topf des Erwirtschafteten bezahlen. Denn auch die Beiträge in private Versicherungssysteme oder Steuern müssen erbracht und durch reale Werte gesichert sein. Es ist zum Beispiel weitgehend unbekannt, dass der Staat, also die Steuerzahler, die Bürgschaft für alle Riesterrenten übernimmt. Das heißt neben der riesigen Umverteilung der Versicherungslast von Arbeitgeber auf Arbeitnehmerschultern, führt die evtl. Inanspruchnahme der Bürgschaft zu einer doppelten Umverteilung von unten nach oben.

Es ist so, dass die Werte, die eine Gesellschaft produziert, die inaktive Bevölkerung versorgt. Wie die Umverteilung und das Versorgungssystem organisiert und finanziert werden, ändert an den Beträgen gar nichts. Denn die Versichertenbasis, die Bevölkerung und deren demografische Entwicklung, ist die-

selbe und auch die Lebensrisiken ändern sich nicht. In der Ökonomik nennt man dies das Mackenroth'sche Theorem.

Dahinter steckt aber der eigentliche Punkt: diejenigen, die ein Interesse daran haben, die Sozialversicherungen (SV) anzugreifen sind entweder Lobbyisten der ein oder anderen Kapitalfraktion ODER sie wollen das Niveau der Leistungen grundsätzlich in Frage stellen, dass heißt das Sozialniveau absenken. Darum geht es in Wahrheit bei dieser Diskussion.

Dabei hat sich grade bei der letzten Krise abermals gezeigt, dass die Kapitaldeckung risikobehafteter und ungerechter ist, als der Generationenvertrag direkter Abgaben, wie wir es finanzieren. Die Lobbyisten der Privaten Versicherer versuchen alles, um diese Zusammenhänge zu verschleiern, das „Demografieargument" hilft Ihnen dabei.

Es ist wahr, dass es zu ganz unterschiedlichen Belastungen innerhalb der SV kommen wird. Die Rentenausgaben werden steigen und die der Pflege- und Krankenversicherung vermutlich auch, die der Arbeitslosen- und Unfallversicherung sinken. Ob sich letztlich wirklich dauerhaft steigende Beiträge und eine Steigerung der Gesamtausgaben ergibt, hängt davon ab, wer in die SV einzahlt (Bürgerversicherung!), wie sich die Wirtschaft (Wachstum, Produktivität) und die Bruttolohnhöhe (wieviel Prozent an Anteil ist überhaupt nötig) entwickelt.

<u>Stichwort Bruttolohnhöhe:</u>

Wenn das Lohnniveau in Deutschland im Durchschnitt der OECD-Staaten gestiegen wäre, könnten die SV-Beiträge sinken! Wenn prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Minijobs, etc. in normale und angemessen bezahlte Jobs umgewandelt würden, könnten weitere Prozente an SV-Beiträgen entfallen. Durch ein Heraufsetzen oder Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze, z.B. in der KV, kämen bei der KV wieder einige Prozente hinzu. Viele Leistungseinschränkungen könnten zurückgenommen werden, sie wären dauerhaft finanzierbar.

Eine expansive Lohnstrategie ist, neben anderen wichtigen Gründen, ein ganz wichtiger Eckpfeiler für die Zukunfts-

fähigkeit unserer Sozialversicherungen. Nur die Gewerkschaften, als Experten der Arbeit, scheinen diesen offensichtlichen Zusammenhang in politische Forderungen an das Kapital zu übertragen.

Gefragt ist die Politik. Sie muss mit dem Umbau zu einer Bürgerversicherung nicht nur die Lasten gerecht verteilen, sondern den Zugriff der privaten Versicherungen auf den Kapitalstock der Sozialversicherungen abwehren. Damit berührt dieser Punkt den Kernpunkt der wichtigen Arbeit des DGB. Die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge und das Erkämpfen von sozialen Lösungen, kann in keine betriebliche Strategie eingebunden werden, sie steht selbstständig als Problemlösungskompetenz politischer Belange der arbeitenden Bevölkerung.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft hat im Bereich der Sozialversicherungen effektiv dazu geführt, dass das Niveau der Absicherung kontinuierlich gesunken ist, die Kosten aber stiegen. Gerade der Mittelstand gerät so in einen „Entsolidarisierungsdruck". Sie fragen sich zurecht, welchen Sinn diese Form der Absicherung Ihnen noch bringt. Wir sind strategisch an einem ganz entscheidenden Punkt und dürfen für weitere Angriffe keinen Platz mehr lassen.

3. Zusammenfassung:

Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft. Vor allem in der Raumplanung und im kommunalen Gemeinwesen müssen die Weichen für eine durchschnittlich ältere Gesellschaft gestellt werden. Vielfältig sind hier die Herausforderungen. Selbst wenn dort für die Betreuung und Beschulung der Kinder und Jugendlichen mehr pro Kopf ausgegeben werden wird, kommt es zum Teil zu erheblichen Einsparmöglichkeiten.

Volkswirtschaftlich können wir davon ausgehen, dass wir die durchschnittliche Alterung kaum spüren werden. Von 1970-2000 hat sich das Volkseinkommen verdoppelt. Geht man davon aus, dass es sich in 30 Jahren wieder verdoppelt,

während die Bevölkerung um 20% sinkt, wird sich das Volkseinkommen pro Kopf mehr als verdoppeln .

Aber, es ist eine Tatsache, dass wir nicht die dynamischste Region auf der Welt sein werden. Wir bleiben in Europa aber wichtiger Absatzmarkt, unsere Konsumstärke wird noch lange nicht übertroffen werden. Auch China wird durch seine Ein-Kind-Politik in wenigen Jahren vor ganz ähnlichen Problemen stehen. Global betrachtet wäre ein Rückgang der Bevölkerung langfristig für die Tragfähigkeit der Erde und der Natur sogar hilfreich.

Unsere Sozialversicherungssysteme stehen nur vor der einen Gefahr, nämlich der, dass es Kapitalinteressen gibt, die das Demografieargument dazu nutzen wollen, weiteren Sozialabbau und weitere Privatisierungen zu betreiben. Das werden wir nicht zulassen und deshalb wollen wir mit diesem Antrag dazu beitragen, dass wir gezielt dagegen halten, wenn der neoliberale Angriff auf Sozial- und Lohnniveau mit dem Demografieargument geführt wird.

Fakt ist: es ist genug für alle da, wir müssen unseren Teil erstreiten und für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft kämpfen.